

Damit sind wir in einer Phase, in der wir konkrete Anliegen prüfen und versuchen, diese auch in entsprechende Vorlagen einzubringen. Aufgrund der bereits bestehenden wissenschaftlichen und politischen Berichte meinen wir, dass wir auf einen neuen Bericht verzichten können und uns dort auf die Umsetzung konzentrieren sollten, wo wir etwas verbessern können. Dabei dürfen wir gleichzeitig auch festhalten, dass die Schweizer Standortförderung für Jungunternehmen so schlecht nicht ist. Wir haben eine Reihe von Start-ups im Zusammenhang mit den Hochschulen, die beweisen, dass die Schweiz hier erfolgreich ist. Also können wir glaubhaft versichern, dass wir hier auf dem Weg der Umsetzung und zusammen mit den Kantonen an Optimierungsprozessen sind. Ich glaube nicht, dass ein zusätzlicher Bericht uns entsprechend weiterbringt. Also bitte ich Sie, das Postulat abzulehnen.

Badran Jacqueline (S, ZH): Geschätzter Herr Bundesrat Maurer, Sie haben vorhin gesagt, dass die Kantone bei der Besteuerung von Start-ups reagieren. Ist Ihnen bewusst, dass sie das aufgrund unserer Legiferierung 2013, als wir die Boni-Regelung für die Banken angepasst haben, gar nicht können, sondern den Drittpreis bei einer Finanzierungsrunde als Bemessungsgrundlage für die Steuern brauchen müssen? Ist Ihnen klar, dass das ein Innovationskiller erster Güte ist?

Maurer Ueli, Bundesrat: Wenn sich Kantone und Bund zusammensetzen, dann killen sie nicht etwas, sondern dann bauen sie etwas auf miteinander. Bei den Start-ups geht es nicht nur um steuerliche Fragen, sondern insbesondere auch um einen gewissen Ausgleich bei den Kantonen. Es gibt Kantone, die bezüglich Start-ups keinen Bedarf haben, weil sie sagen, sie hätten niemanden, den sie in diese Kategorie einreihen könnten. Man müsste dann noch definieren, was ein Start-up überhaupt ist. Der Prozess ist aber in Gang gesetzt. Man prüft inzwischen, auf welcher Ebene man allenfalls was machen könnte. Ihre Motion 15.3138, "Innovationsförderung für KMU. Rückstellungen für Forschung und Entwicklung ermöglichen", die der Nationalrat angenommen hat, geht eigentlich auch in diese Richtung. Es gibt eine Reihe von Massnahmen. Ich bin eigentlich zuversichtlich, dass die klugen Kantone zusammen mit dem weisen Bund hier durchaus Lösungen vorschlagen werden.

Präsident (Stahl Jürg, Präsident): Das Postulat Derder 15.3779 ist zurückgezogen worden.

Zurückgezogen – Retiré

15.3780

Motion Derder Fathi. Für eine innovationsfreundliche Steuerpolitik

Motion Derder Fathi. Une politique fiscale pour l'innovation

Nationalrat/Conseil national 04.05.17

Präsident (Stahl Jürg, Präsident): Die Motion Derder 15.3780 ist zurückgezogen worden.

Zurückgezogen – Retiré

15.3901

Motion FDP-Liberale Fraktion. Steigerung der Produktivität und Wirksamkeit der Eidgenössischen Zollverwaltung und der Grenzschutz

Motion groupe libéral-radical. Accroissement de la productivité et de l'efficacité de l'Administration fédérale des douanes et du Corps des gardes-frontière

Nationalrat/Conseil national 04.05.17

Müller Walter (RL, SG): Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament eine Vorlage zur Steigerung der Produktivität und Wirksamkeit der Eidgenössischen Zollverwaltung und der Grenzschutz vorzuschlagen. Im Zentrum sollen umfassende Modernisierungsmassnahmen und ein risikoorientierter Personalbestand bei der Grenzschutz stehen. Gerne begründe ich Ihnen das Anliegen der FDP-Liberalen Fraktion und danke für die Unterstützung.

Grenzschutzkorps und ziviler Zoll nehmen entscheidende sicherheitsrelevante Aufgaben im erweiterten Grenzraum wahr. Sie ziehen unter anderem Kriminaltouristen, verbotene Waren, Waffen und gefälschte Marken aus dem Verkehr und verhindern illegalen Grenzübertritt. Die Wirksamkeit der Kontrollen hängt von deren Anzahl und Zielgenauigkeit ab. Die Kontrolldichte bei Handelsgütern beträgt heute nur noch 1 bis 2 Prozent. Sicherheit ist aber immer noch eine Kernaufgabe des Staates und muss entsprechend gewichtet werden. Damit Grenzschutz und ziviler Zoll ihren Auftrag effizient und wirksam wahrnehmen können, benötigen sie genügend und gut ausgebildetes Personal, die richtigen technischen Hilfsmittel und eine unterstützende Infrastruktur. Technische Geräte wie Scanner helfen, Kontrollen rasch und effizient durchzuführen. Investitionen in Infrastrukturen wie Kontrollzentren, Grenzstützpunkte und Ausbildungsinfrastrukturen erhöhen Effizienz und Wirksamkeit massiv. Moderne und integrierte IT-Systeme sollen Grenzschützer und Zöllner unterstützen. Das steigert die Qualität der Kontrollen und entlastet die Wirtschaft bei der Ein- und Ausfuhr von Waren. Im Materialbereich wurde ein guter Ausrüstungsstand erreicht. Dringender Handlungsbedarf besteht bei der Informatik und den Immobilien.

Das Grenzschutzkorps ist mit mobilen Arbeitsinstrumenten, welche den Zugriff auf relevante Datenbanken ermöglichen, auszurüsten, um Effizienz und Flexibilität bei den Personen- und Fahrzeugkontrollen zu steigern. Mit dem Bau von Anlagen zur Kontrolle von Reisebussen sind die Anzahl und die Effizienz solcher Kontrollen zu steigern. Beim Warenverkehr muss mit der Modernisierung der IT-Systeme die konsequente elektronische Selbstdeklaration der Kunden der Eidgenössischen Zollverwaltung über mobile und digitale Zugänge erleichtert und gefördert werden. Lastwagenschaufeure sollen LSVA- und andere Anmeldungen einfach und bereits vor Erreichen der Grenze mittels Tablets und Smartphones erledigen können. Das System muss auch KMU-tauglich sein. Der Grenzübertritt wird damit deutlich beschleunigt, Abfertigungs- und Zeitkosten der Wirtschaft werden gesenkt. Gleichzeitig – das ist entscheidend – resultiert ein deutlicher Sicherheitsgewinn.

Unser Vorstoss nimmt auch die Anliegen von immer mehr Grenzkantonen auf, die mit Nachdruck Massnahmen bei der Grenzschutz fordern, zum Beispiel mit Standesinitiativen. Wenn der Bundesrat zwar mit den geforderten Massnahmen einverstanden ist, aber die Motion mit der Begründung ablehnt, dass diese Massnahmen bereits auf der Basis der heu-

tigen rechtlichen Grundlagen umgesetzt werden können, so ist das unbefriedigend. Wenn wir das "können" durch "können" ersetzen, sind wir wohl eher bei der Wahrheit. Wir fordern Massnahmen, und es ist am Bundesrat, diese dem Parlament vorzulegen. Es genügt eben nicht, wenn er schreibt, er werde im Rahmen der für die Infrastruktur- und Informatikprojekte des Bundes üblichen Verfahren über Priorität und Umfang der Mittelzuteilung an die Eidgenössische Zollverwaltung entscheiden. Das erachten wir nicht als Prioritätensetzung bei der Sicherheit.

Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung.

Maurer Ueli, Bundesrat: Das Thema hat in Ihrem Rat eine gewisse Konjunktur. Sie haben bereits zwei Motionen der FDP-Liberalen Fraktion angenommen, eingereicht im Jahre 2010 (10.3949) und im Jahre 2013 (13.4142), und es gibt zwei Motionen Ihrer WAK aus dem Jahre 2014 (14.3011, 14.3012), die sich mit dieser Thematik beschäftigen. Gleichzeitig gibt es einen Bericht der Eidgenössischen Finanzkontrolle, die in diesem Bereich entsprechende Massnahmen fordert und uns auffordert, einen gesamtheitlichen Ansatz zu wählen.

Wir haben Ihnen in der Zwischenzeit eine Botschaft überwiesen, und Ihre FK hat bereits mit der Beratung begonnen. Das betreffende Programm heisst Dazit. Es ist ein Informatikprojekt, das die Digitalisierung des ganzen Zollbereiches vorsieht. Die Kosten für das ganze Projekt belaufen sich auf einen Betrag von 393 Millionen Franken. Das Projekt umfasst insgesamt neun Unterprojekte in diesem Bereich. Wir wollen das schweizerische Zollwesen damit schrittweise dorthin führen, wo die Motion es haben will. Gleichzeitig arbeiten wir im Grenzwachtbereich mit einem Austausch von Massnahmen ebenfalls zur Verbesserung der sicherheitspolitischen Situation. In dem Programm, das ich gerade erwähnt habe, sind eigentlich auch für diesen Bereich entsprechende Massnahmen eingebaut.

Damit, so kann man sagen, hat der Bundesrat jetzt mit der erwähnten Botschaft die von Ihnen angenommenen Motionen aus den Jahren 2010, 2013 und 2014 umgesetzt. Wie gesagt, Ihre Kommission hat bereits mit der Beratung begonnen. Ich nehme an, dass Sie dieses Programm in der Sommersession, spätestens in der Herbstsession im Detail beraten können. Wir gehen davon aus, dass wir damit die Erwartungen der Politik, der Räte und insbesondere auch der Wirtschaft erfüllen können, denn wir haben dieses Programm in enger Zusammenarbeit mit der Transport-, Export- und Importwirtschaft erarbeitet, um dort die Prozesse zu optimieren.

Wir haben in dieser Botschaft – das sehen Sie, wenn Sie sie dann einmal anschauen – auch darauf hingewiesen, dass wir davon ausgehen, dass wir für die Wirtschaft Einsparungen von etwa 125 Millionen Franken erbringen können, weil wir die Verfahren vereinfachen. Damit sind wir eigentlich auf einem guten Weg. Wir können sowohl im Bereich der Verzollung im Zeitalter der Digitalisierung die neuesten Mittel effizient einsetzen als auch gleichzeitig die Systeme der Fehndung entsprechend verbessern.

Damit, denke ich, sind die Anliegen auch dieser Motion erfüllt. Ich bitte Sie, sie nicht anzunehmen, sondern, wenn Sie spezifische Anliegen haben, diese allenfalls im Rahmen der Beratung des Transformationsprogramms Dazit einzubringen. Denn aus unserer Sicht ist das eigentlich die Lösung, welche die FDP-Liberale Fraktion mit dieser Motion anstrebt.

Müller Walter (RL, SG): Besten Dank, dass der Bundesrat hier endlich handelt. Aber unsere Motion fordert natürlich auch bei der Grenzschutz Massnahmen, und wir fordern ebenfalls bei den Immobilien Massnahmen. Sie wissen es vielleicht, dass wir vor allem im Rheintal bei den Immobilien katastrophale Zustände haben. Hier ist eben unsere Motion noch nicht erfüllt. Oder sehen Sie das anders?

Maurer Ueli, Bundesrat: Bei der Grenzschutz arbeiten wir mit den bestehenden Mitteln weiter. Wir können die Effizienz des Grenzschutzkorps durch technische Hilfsmittel weiter stärken. Wir möchten nicht unbeschränkt mehr Personal einstellen. Aus meiner Sicht würde ich die Situation im Immo-

bilienbereich nicht gerade als katastrophal bezeichnen. Die Gebäude, die ich schon besucht habe, sind in gutem Zustand. Das Problem ist eher, dass wir beim Grenzschutzkorps über tausend Immobilien haben, zum Teil eben ehemalige Grenzstationen, die wir heute nicht mehr betreiben. Wir denken daran – wir haben auch ein internes Programm –, dass wir diesen Immobilienbestand entsprechend reduzieren wollen und reduzieren müssen, um auch den Unterhaltsbedarf etwas zu verkleinern. Daneben enthält das Immobilienprogramm jeweils auch entsprechende Bauten, um die Effizienz zu erhöhen. Wir müssen aber auch schauen, dass wir in Zukunft nicht einfach in Immobilien im Grenzbereich investieren, denn mit der Digitalisierung werden Kontrollen nicht nur im grenznahen Bereich durchgeführt, sondern wir können diese mit mobilen Patrouillen auch irgendwo durchführen. Damit ist der Investitionsbedarf im Immobilienbereich nicht unendlich. Wir denken eher an einen Abbau des Immobilienbestandes. Daran arbeiten wir ebenfalls.

Präsident (Stahl Jürg, Präsident): Der Bundesrat beantragt, die Motion abzulehnen.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 15.3901/15135)

Für Annahme der Motion ... 132 Stimmen

Dagegen ... 57 Stimmen

(1 Enthaltung)

Schluss der Sitzung um 13.00 Uhr

La séance est levée à 13 h 00